



2025/02 Thema

<https://jungle.world/artikel/2025/02/politische-gefangene-lukaschenko-polizeistaat-die-knaeste-von-belarus>

Die Lage politischer Gefangener in Lukaschenkos Polizeistaat

Die Knäste von Belarus

Von **Hannah Valynets**

Seit den Massenprotesten vor fünf Jahren sind in Belarus Tausende politische Gefangene inhaftiert worden. Die NGO Volnyja hilft entlassenen Häftlingen, im Ausland in ein Leben in Freiheit zurückzufinden.

In den ersten Wochen nach der Entlassung würden ehemalige politische Gefangene oft Blickkontakt vermeiden und dazu neigen, ihre Gefühle zu verbergen, sagt Veranika Stankevich im Gespräch mit der *Jungle World*. Das sei eine Folge des Gefängnislebens, das bestimmte Verhaltensweisen erfordert, um zurechtzukommen.

Stankevich ist Koordinatorin der NGO Volnyja, einer in Polen ansässigen Organisation von im Exil lebenden Belarussen, die ehemalige politische Gefangenen dabei unterstützen, wieder Fuß zu fassen. Viele von ihnen verlassen Belarus nach ihrer Zeit im Gefängnis, um dem Zugriff der belarussischen Behörden zu entkommen, aber auch weil es schwierig ist, als wegen eines politischen Delikts Verurteilter in Belarus Arbeit zu finden.

»Unser Ziel ist es, den Menschen zu helfen, sich nicht nur über ihre Erfahrungen im Gefängnis zu definieren«, sagt Stankevich. Das sei auch den Betroffenen selbst wichtig. »Sie betonen, dass ihr Leben aus mehr besteht als der Zeit, die sie wegen Lukaschenko hinter Gittern verbracht haben.«

Nach Angaben der Menschenrechtsgruppe Wjasna sind in Belarus seit 2020 im Zuge der Niederschlagung der Massenproteste gegen die Regierung von Präsident Aleksandr Lukaschenko über 65.000 Personen aus politischen Gründen festgenommen worden.

Nach Angaben der ebenfalls im Exil in der EU arbeitenden Menschenrechtsgruppe Wjasna, die 2023 von der belarussischen Regierung als »extremistische Organisation« eingestuft wurde, sind in Belarus seit 2020 im Zuge der Niederschlagung der Massenproteste gegen die Regierung von Präsident Aleksandr Lukaschenko über 65.000 Personen aus politischen Gründen festgenommen worden. Die meisten kamen bald wieder frei, doch mehr als 3.500 Personen seien langfristig inhaftiert worden. Anfang 2025 zählte Wjasna noch 1.263 politische Gefangene in Belarus. Einer davon ist der Gründer von Wjasna selbst, der Friedensnobelpreisträger Ales

Bjaljaskij. Er ist 2023 in Minsk unter anderem wegen »Organisation und Vorbereitung von Handlungen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen«, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Nach ihrer Entlassung brauchen viele Gefangene Unterstützung, um sich im Alltag wieder zurechtzufinden. »Die Bedingungen im Gefängnis lassen kein normales Leben zu«, sagt Stankevich. »Die Gefangenen vergessen, wie man außerhalb des Gefängnisses lebt, und fühlen sich um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen. Sie waschen zum Beispiel ihre Wäsche mit der Hand.« Die Bedingungen für politische Gefangene seien besonders streng, oft seien sie willkürlichen Repressalien ausgesetzt und ihnen würde beispielsweise verboten, Sport zu treiben.

Völlig von der Außenwelt isoliert

Wjasna zufolge sind derzeit mindestens neun politische Gefangene völlig von der Außenwelt isoliert: Sie dürfen weder Briefe versenden noch Besuch erhalten, nicht einmal von Angehörigen oder Anwälten. Die prominente Oppositionelle Marija Kolesnikowa durfte im November nach fast zwei Jahren ohne Kontakte zur Außenwelt von ihrem Vater im Gefängnis besucht werden.

Wjasna hat im vergangenen Jahr Zeugnisse von 119 ehemaligen Gefangenen im Alter von 20 bis 70 Jahren gesammelt. Die Betroffenen berichteten von Bedrohungen, physischer Gewalt und davon, dass sie während Verhören mit Elektroschocks traktiert worden seien. Einige würden gezwungen, »Reuevideos« aufzunehmen, in denen sie vermeintliche Vergehen gestehen und die dann im Internet auf regierungsnahen Telegram-Kanälen veröffentlicht werden. In einigen dieser Videos sind an den Gefangenen Spuren von Misshandlung sichtbar gewesen. Viele der Befragten berichteten von körperlichen und psychischen Schäden, die sie durch ihre Zeit im Gefängnis davongetragen hätten.

Auch Zwangsarbeit müssen politische Gefangene leisten, selbst gesundheitsschädliche Arbeit wie das Sortieren von Industriemüll oder das Verbrennen von Holz zur Herstellung von Kohle dürfen sie nicht ablehnen. Im vergangenen Jahr wurde bekannt, dass der **AfD-Politiker Jörg Dornau an einer Zwiebfarm in Belarus beteiligt war, auf der auch politische Gefangene für einen Tageslohn von knapp über fünf Euro gearbeitet** haben sollen.

Freilassung gegen öffentliche Reue

Weil viele der nach den Massenprotesten 2020 und 2021 Verurteilten damals eine Haftstrafe von ein bis drei Jahren erhielten, gebe es mittlerweile immer mehr Entlassene, denen die Organisation Volnyja ihre Unterstützung anbietet, sagt Stankevich. Die Organisation wendet sich an alle politischen Gefangenen, die mehr als drei Monate in Haft waren. »Als wir Ende 2022 unsere Arbeit begannen, gab es nur etwa 300, mittlerweile sind es über 1.400.«

Außerdem hat die Regierung im vergangenen Jahr vermehrt politische Gefangene begnadigt. Einige wurden unter der Bedingung freigelassen, dass sie öffentlich Reue bekundeten, einzelne mussten sogar im staatlichen Fernsehen darüber sprechen, was für ein weiser Präsident Lukaschenko sei. Von anderen wurde verlangt, ein Begnadigungsgesuch einzureichen.

Insgesamt kamen im vergangenen Jahr 227 Personen vorzeitig frei, darunter Mütter mehrerer Kinder oder Personen mit chronischen Krankheiten. Die jüngsten Begnadigungen von rund 20 Personen verkündete Präsident Lukaschenko Ende Dezember, etwa einen Monat vor den

bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.

Schrecklicher Gesundheitszustand viele Haftentlassener

»Nach der Entlassung sind viele desorientiert und wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen«, berichtet Stankevich. »Es ist wichtig, dass sie Unterstützung haben, denn Resozialisierung - besteht nicht nur darin, einen Psychologen aufzusuchen oder Sport zu treiben. Die Menschen müssen viele Alltagsprobleme lösen.« Deshalb vermittele ihre Organisation ehemalige Häftlinge an Mentoren, die sie drei bis sechs Monate lang begleiten. Die höchste Priorität hätten meist der Umzug ins Ausland, die Arbeitssuche und finanzielle Stabilität sowie die Wohnungssuche. Die Mentoren helfen auch bei rechtlichen Problemen.

Ebenfalls wichtig sei der körperliche Gesundheitszustand, der in der Regel schrecklich sei, sagt Stankevich. »Einer unserer betreuten Personen waren im Gefängnis fast alle Zähne gezogen worden. Eine andere Behandlung gab es für sie nicht«, sagt Stankevich. Oft leisteten die Mentoren auch emotionale Unterstützung, denn viele der aus dem Gefängnis Entlassenen hätten das Bedürfnis, sich jemandem anzuvertrauen und über ihre Haft zu reden.

Derzeit arbeiteten für die Organisation über 50 Freiwillige, allesamt im Ausland lebende Belarussen. Sie erhalten eine Ausbildung, bevor sie mit einem ehemaligen Häftling zusammenarbeiten. Volnyja unterstützt so nach eigenen Angaben derzeit 70 Personen, seit Gründung der NGO waren es insgesamt über 150. Finanzielle Mittel oder andere Unterstützung dafür kommen unter anderem von Fonds zur Unterstützung politischer Gefangener, belarussischen Diasporagruppen und internationalen Organisationen.

Bereits das Lesen unabhängiger Medien wird kriminalisiert

Bei politischen Gefangenen in Belarus handelt es sich keineswegs immer um entschlossene Regimegegner und Teilnehmer am politischen Kampf. Viele sind für so banale Dinge wie Kommentare in sozialen Medien verhaftet worden. In den meisten Fällen hätten die wegen politischer Delikte Verurteilten lediglich ihre verfassungsmäßigen Rechte ausgeübt, sagt Stankevich. So kann beispielsweise bereits das Lesen bestimmter unabhängiger Medien kriminalisiert werden oder die friedliche Teilnahme an Protesten.

Nach der gefälschten Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 erreichte die staatliche Repression ein bislang unbekanntes Ausmaß: Saßen zuvor meist nur 20 bis 30 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen, waren es bald mehrere Tausend. Allein im vergangenen Jahr kamen Wjasna zufolge 589 neu dazu.

»Es werden zwar mehr politische Gefangene freigelassen, aber die Repression hat nicht aufgehört. Die Gründe für Verhaftungen werden immer unbedeutender.«
Veranika Stankevich, NGO Volnyja

»Es werden zwar mehr politische Gefangene wieder freigelassen, aber die Repression hat nicht aufgehört. Die Gründe für Verhaftungen werden immer unbedeutender und willkürlicher, und wir wissen von vielen Fällen, in denen ehemalige Gefangene erneut verhaftet wurden«, sagt Stankevich. Viele Fälle würden auch gar nicht bekannt, weil Angehörige Angst haben, an die Öffentlichkeit zu gehen. »Die Schrauben in Belarus sind sehr eng angezogen«, sagt Stankevich.

»Wer aus politischen Gründen im Gefängnis sitzt, muss auch dort weitere Verfolgung und Schikanen fürchten. Oder es können Vorwände gefunden werden, die Haftstrafen zu verlängern.«

Der stete Druck auf Familien, Angehörige und die ehemaligen politischen Gefangenen selbst hält viele von diesen auch nach ihrer Entlassung davon ab, um Hilfe zu bitten. Auch das ist ein Grund, aus dem viele das Land verlassen. Andere versuchen, allein zurechtzukommen. Bleiben sie in Belarus, kann bereits der Kontakt zu einer im Ausland ansässigen Organisation wie Volnyja sie in Gefahr bringen.